

Neue Wohnungen nur für Polizeischüler?

Kritik an Plänen für neues Wohngebiet in der Alpeide / Ausschuss stimmt für weitere Auseinandersetzung mit dem Vorhaben

VON MANON GARMS

NIENBURG. Investoren planen in der Alpeide ein neues Wohngebiet. Wie berichtet, könnten im Bereich zwischen den Straßen „An der Alpeide“, der Feldstraße und „An der Stadtgrenze“ 60 bis 80 neue Wohnungen entstehen.

Die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses sprachen sich zwar einstimmig dafür aus, sich weiter mit diesem Vorhaben zu befassen, äußerten aber auch jede Menge Kritik und Anregungen. Barbara Weißenborn (CDU) sprach unter anderem an, dass es einen Konflikt gebe, wenn das neue Wohngebiet direkt auf das dortige Gewerbegebiet treffe. Ob man denn schon mit den Gewerbetreibenden gesprochen habe, wollte die CDU-Politikerin von der Stadtverwaltung wissen: „Ich wünsche mir eine bessere Voruntersuchung.“

Diese Äußerung rief Bürgermeister Henning Onkes (parteilos) auf den Plan, der dafür warb, eine Empfehlung zur Planung zu geben. „Es wäre gut, das Vorhaben nicht gleich in die Warteschleife zu setzen. Natürlich gibt es viele Fragen, aber die muss der Investor klären, nicht die Verwaltung“, sagte Onkes.



Für dieses Gebiet in der Alpeide planen die Investoren eine neue Wohnbebauung.

FOTO: MAPS4NEWS/©HERE

Er machte an dieser Stelle auch deutlich, wie dringend in Nienburg Wohnraum benötigt wird: „Im Jahr brauchen wir mindestens 200 Wohneinheiten und das über fünf Jahre. Und wir liegen deutlich hinter dem zurück, was wir brauchen.“ Pläne wie die der Investoren in der Alpeide würden helfen, den Druck vom Wohnungsmarkt zu nehmen.

SPD-Fraktionsvorsitzende Anja Altmann kritisierte, dass nicht nur die Investoren, son-

dern auch die Verwaltung im Hinblick auf das potenzielle neue Wohngebiet überwiegend von Polizeischülern als Zielgruppe ausgehe. „Wir brauchen auch bezahlbaren Wohnraum für Familien mit mehr Kindern. Man muss mit jedem Investor sprechen, denn man kann auch so bauen, dass auch für Familien Platz ist. Sonst wird sich die Wohnraumsituation auch nicht entspannen“, sagte Altmann.

Onkes stellte klar, dass er

sich nicht gegen Wohnraum für Familien ausspreche: „Aber wenn man Investoren mit so einer Vorstellung hat, kann man nicht sagen, wir müssen erst mal Familien unterbringen. Denn jede Wohnung hilft, da wir im Augenblick kaum freie Wohnungen haben.“

Heiner Werner (FDP) wies darauf hin, dass man nicht diejenigen vergessen dürfe, die bereits in der Alpeide wohnen. Es sei wichtig, eine Obergrenze für die Bauhöhe vorzugeben, damit die neue Wohnbebauung nicht zu dominant werde. Dem schloss sich Sabine Hartung (parteilos) an: „Eine Begrenzung des Geschossbaus ist notwendig“, so Hartung. Sie bemängelte zudem die Pläne der Investoren, zunächst Polizeischüler und später auch ältere Menschen als Zielgruppe ins Auge zu fassen: „Die Wohnbedürfnisse von Studenten und Senioren sind komplett anders – allein schon was die Barrierefreiheit betrifft.“

Jörg Wojahn (CDU) betonte, dass man nicht vorschreiben könne, wer in die Wohnungen einziehen solle. Die Größe der Wohnungen könne man ebenfalls nicht vorschreiben – das würde über

den Wohnungsmarkt geregelt, je nachdem welcher Bedarf da sei. WG-Fraktionsvorsitzender Frank Pödehl sagte, die Wählergemeinschaft sehe zwar eine hohe Geschossigkeit kritisch, befürworte aber die vorgesehene Fläche, da sich an der Stelle eine Innenentwicklung anbiete.

Grete Schaer vom Nienburger Seniorenbeirat bat im Namen des Gremiums, über eine Quote von fünf bis zehn Prozent nachzudenken, um auf diese Weise immer einen Teil der Wohnungen für ältere Menschen zu reservieren.

In der Einwohnerfragestunde meldeten sich einige Bewohner aus der Alpeide zu Wort, die das Vorhaben sehr kritisch sehen. Ausschussvorsitzender Klaas Warnecke (SPD) betonte, dass der Ausschuss sich lediglich dafür ausgesprochen habe, sich weiter mit den Plänen der Investoren zu befassen: „Es ist kein Bebauungsplan-Beschluss“, so der Sozialdemokrat. Bürgermeister Henning Onkes empfahl, dass die Investoren das Gespräch mit der Nachbarschaft suchen sollten. Claas Bigos, Leiter des Sachgebietes Stadtplanung und Umwelt, erklärte, dass er als Ansprechpartner für die Bürger zur Verfügung stehe.